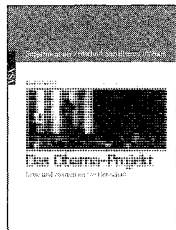


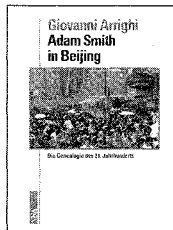
VSA: Ende des Dollar-Wallstreet-Regimes?



Ingar Solty
Das Obama-Projekt
 Krise und charismatische Herrschaft. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 10/2008
 44 Seiten, € 4.20
 ISBN 978-3-89965-947-4



Joachim Bischoff
Globale Finanzkrise
 Über Vermögensblasen, Realökonomie und die »neue Fesselung« des Kapitals
 96 Seiten; € 9.80
 ISBN 978-3-89965-313-7



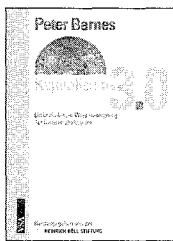
Giovanni Arrighi
Adam Smith in Beijing
 Die Genealogie des 21. Jahrhunderts
 Aus dem Amerikanischen von Britta Dutke. 520 Seiten; Hardcover; € 36.80
 ISBN 978-3-89965-203-1



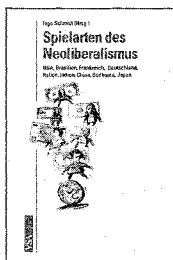
Leo Panitch/
 Colin Leys (eds.)
Violence Today
 Actually existing barbarism
 Socialist Register 2009
 280 Seiten; € 22.80
 ISBN 978-3-89965-995-5



R. Klautke/
 B. Oehrlein (Hrsg.)
Globale Soziale Rechte
 Zur emanzipatorischen Aneignung universaler Menschenrechte
 230 Seiten, € 12.80
 ISBN 978-3-89965-286-4



Peter Barnes
Kapitalismus 3.0
 Ein Leitfadens zur Wiederaneignung der Gemeinschaftsgüter
 Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
 Aus dem Amerikanischen von Veit Friemert. 224 Seiten; Hardcover; € 18.80
 ISBN 978-3-89965-312-0



Ingo Schmidt (Hrsg.)
Spielarten des Neoliberalismus
 USA, Brasilien, Frankreich, Deutschland, Italien, Indien, China, Südkorea, Japan
 272 Seiten; € 19.80
 ISBN 978-3-89965-262-8



Uli Cremer
Neue NATO: die ersten Kriege
 Vom Militär zum Kriegspakt
 160 Seiten; € 14.80
 ISBN 978-3-89965-314-4

Im Buchhandel oder bei: **VSA-Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg**
 Tel. 040/28 09 52 77-0, Fax 040/28 09 52 77-50, info@vsa-verlag.de
 Gesamtprogramm, Infos, Leseproben: www.vsa-verlag.de

Tanja Ernst, Ana María Isidoro Losada

(Post?)Koloniale Ausschreitungen – zu den Praktiken der bolivianischen Opposition

Seit dem triumphalen Wahlerfolg von Evo Morales im Dezember 2005 in Bolivien sperrt sich die Opposition vehement gegen das Reformprojekt einer Neugründung des Landes, welche auf liberal-demokratischen Weg versucht, eine tiefgreifende Veränderung der bis dato kolonial tradierten innergesellschaftlichen Macht- und Besitzverhältnisse sowie der asymmetrischen wirtschaftlichen und politischen Außenbeziehungen einzuleiten. Angesichts der historischen Tragweite des Transformationsprozesses und der soziokulturellen Diversität im Land ist der Grad der innergesellschaftlichen Konflikte hoch, aber keineswegs überraschend. Im September 2008 eskalierte die seit Monaten schwebende innenpolitische Kraftprobe. Doch der gewaltsame Versuch eines zivilen Staatsstreiches in den Tieflandregionen scheiterte.

Die Zuspitzung der innenpolitischen Auseinandersetzungen – ein kurzer Rückblick

Nach der Verabschiedung eines neuen Verfassungsentwurfes im Dezember 2007, bei der sich der harte Kern des oppositionellen Lagers nach den vorausgegangenen Konflikteskalationen entschieden hatte, sich nicht zu beteiligen, waren erwartungsgemäß sämtliche Dialogversuche der Regierung Morales über eine Anerkennung des Verfassungsprojektes gescheitert. Statt das Projekt der nationalen Neugründung zu verhandeln, konzentrierte sich die Opposition vielmehr darauf ihre regionalen Autonomiebestrebungen de facto durchzusetzen und

brachte – trotz nationaler und internationaler Proteste – im Mai und Juni 2008 in den vier Tieflanddepartements¹ erfolgreich sehr weitreichende Autonomiestatuten zur Abstimmung. Diese eindeutig verfassungswidrigen Autonomiestatuten sichern den oppositionellen Regionalregierungen zentrale Kompetenzen in den Bereichen Steuern, Bildung und Polizei sowie die Kontrolle über die Landvergabe und die Bodenschätze.

Eine unerwartete Wende nahm das innenpolitische Kräfteressens, als die größte Oppositionspartei PODEMOS im Mai 2008 einem von der Regierung eingebrachten Gesetzesentwurf für ein Abwahlreferendum zustimmte, dem sich neben dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten auch die Präfekten² stellen sollten.

Dieses fand am 10. August 2008 statt. Bei einer Wahlbeteiligung von 83% wurde die Regierung landesweit mit 67,4% im Amt bestätigt. Somit votierte eine Zweidrittelmehrheit für die Fortsetzung des Reformprozesses.³ Gleichzeitig wur-

1 Die vier östlichen Tieflandregionen (Santa Cruz, Tarija, Beni und Pando) der insgesamt neun Regionen bilden zusammen den sogenannten Halbmond.

2 Als Präfekten werden in Bolivien die direkt gewählten Gouverneure der einzelnen Regionen bzw. Departementregierungen bezeichnet.

3 Zudem konnte die Regierungspartei MAS nicht nur im Hochland, sondern auch in den Tieflanddepartements deutliche Stimmengewinne verbuchen: Im Pando erhöhte sich die Zustimmung für die Regierung Morales von 21% (2005) auf 52,5% (2008), im Beni von

den aber auch die oppositionellen Präferenzen in ihrem Amt bestätigt. Doch trotz der anhaltenden Pattsituation ist das Votum der WählerInnen für den Prozess des Wandels sehr viel eindeutiger ausgefallen, als der Grad der innenpolitischen Polarisierung, die erfolgreiche Mobilisierung von regionalen Interessen und Identitätsdiskursen sowie die Umfragen im Vorfeld vermuten ließen. Insofern deutet einiges daraufhin, dass dieser unerwartet klare Sieg der Regierung die Radikalität im gegnerischen Lager enorm beschleunigte.

Im August und September 2008 kam es zu massiven Ausschreitungen in allen vier Tieflandregionen. Die Ereignisse haben den strukturellen Rassismus und das nach wie vor koloniale Selbstverständnis der Regionaleliten offen gelegt.

Rassistische Logiken von oben und unten?

Die Bilder von den Unruhen und öffentlichen Demütigungen indigener Bevölkerung machen schnell klar, dass es nicht allein die Söhne der kleinen europäischstämmigen Oberschicht sind, die zum Baseballschläger greifen. Ein großer Teil der jugendlichen Schlägerbanden entstammt den Unterschichten und wird bezahlt. Ihr Vorgehen und ihre aktuelle Präsenz erinnern zunehmend an paramilitärische und faschistische Gruppierungen. Dabei agieren sie mit finanzieller Unterstützung sowie politischer Rückenbedeckung der oppositionellen Regionalregierungen.⁴

Wie aber lassen sich die Instrumentalisierung und der Rassismus innerhalb der Gruppe der Benachteiligten und der Indigenen selbst erklären?

16,5% auf 43,7%, in Santa Cruz von 33,17% auf 40,75% und in Tarija von 31,55% auf 49,83%.

4 Vgl. hierzu auch die Berichterstattung des Weltspiegels vom 21.09.2008 (www.daserste.de/weltspiegel/beitrag_dyn~uid,onjz1ltw6oftg2t6~cm.asp)

Vorab sei klar gestellt, dass es hier keineswegs um biologische Rassekriterien geht, sondern um kulturelle Identitäten. Und Identitäten sind soziale Positionierungen, d.h. sie können multiple sein, sind veränderbar und müssen keineswegs der Hautfarbe, dem Geschlecht oder ähnlichen Kriterien entsprechen. Zudem muss die Dominanz der kolonialen und postkolonialen Herrschaftskultur und der Assimilierungsdruck des mestizischen Nationalstaatsprojektes von 1952, die bis heute Wirkung zeigen, berücksichtigt werden. Gerade Indigene, die es 'geschafft' und eine gewisse soziale Aufwärtsmobilität erreicht haben, haben das Bedürfnis sich von dem Teil der Gesellschaft abzugrenzen, dem sie mühsam 'entkommen' sind. Andere zählen zwar nicht zu den Gewinnern, möchten aber auch keineswegs mit den Verlierern assoziiert werden bzw. haben das Stigma der Minderwertigkeit selbst verinnerlicht und verleugnen deshalb oft sehr offensiv ihre kulturellen und ethnischen Wurzeln.

Darüber hinaus wäre es falsch, die Dynamik der Ereignisse allein auf rassistische Motive reduzieren zu wollen, denn hinter den rassistischen Auswüchsen verstecken sich gleichzeitig sehr konkrete machtpolitische und ökonomische Ver lustängste.

Die Autonomien – das zentrale Konfliktszenario?

Die Opposition, deren Führungspersönlichkeiten fast ausnahmslos der europäischstämmigen Großgrundbesitzer- und Unternehmerfraktion entstammen, versucht ihre bisherige Machtstellung und ihre Privilegien im regionalen Kontext fortzusetzen. Politisch und territorial brisant sind die oppositionellen Autonomiebestrebungen vor allem deshalb, weil sich in den Tieflanddepartements ein Großteil der Erdgasressourcen, der produktiven Böden für Landwirtschaft und Viehhaltung sowie der aktuellen Wirtschaftskraft Boliviens konzentrieren. Die Tatsache, dass sich die heutige Wirt-

schaftsstärke der Region keineswegs allein der Tüchtigkeit und dem Unternehmergeist der *cambas*⁵ verdankt, sondern nicht zuletzt auf der infrastrukturellen Erschließung und den Entwicklungsprogrammen der Regierungen ab 1952 sowie den Gefälligkeiten und großzügigen Landgeschenken aus der Zeit der Militärdiktaturen gründet, wird dabei allzu gerne unterschlagen.

Der Versuch eines „zivil-präfekturalen Staatsstreiches“

In Santa Cruz, der Hauptstadt des gleichnamigen Departements und der Hochburg der oppositionellen Autonomiebewegung wurden bereits kurz nach dem Abwählerreferendum vom 10. August 2008 die ersten Streiks und Blockaden organisiert. Offiziell sollte damit die Rückzahlung der vom Staat anteilig einbehaltenen Direktsteuer auf die Erdgas-einnahmen, welche zur Finanzierung einer monatlichen Altersrente für alle über 60-Jährigen ohne soziale Absicherung verwendet wird, erzwungen werden.

Zu den ersten Maßnahmen zählte die gewaltsame Erstürmung der Polizeikommandantur durch die berüchtigte Jugendunion von Santa Cruz und einige Studierende. Ab dem 19. August gingen die Schlägertrupps der Jugendorganisation außerdem dazu über, den von der Präfektur verhängten Streik in der ganzen Stadt gewaltsam durchzusetzen. Bevorzugtes Ziel der Attacken waren BewohnerInnen, Geschäfte und Marktstände in einem überwiegend von Regierun-

5 Ursprünglich war *camba* die abfällige Bezeichnung der überwiegend europäischstämmigen Großgrundbesitzer- und Unternehmerr elite für die verschiedenen indigenen Tieflandvölker. Aktuell allerdings ist „*la nacion cama*“ zum politisch-kulturellen Kampfbegriff der sich weiß, fortschrittlich und ökonomisch erfolgreich dünkenden Gesellschaftskreise mutiert, die sich damit gegenüber der indigenen Hochlandbevölkerung, den *collas* abgrenzen wollen.

anhängerInnen bewohnten Stadtteil.

Die Regierung hingegen machte bis zum Massaker im nordöstlich gelegenen Tieflanddepartement Pando im September 2008 kaum Gebrauch von ihrem Gewaltmonopol und verzichtete weitgehend darauf, direkt in die Auseinandersetzungen einzugreifen. Das hat den Eskalationsgrad der Auseinandersetzungen in vielen Fällen sicher reduziert, die Opfer der Übergriffe wurden aber gleichzeitig auch allein gelassen. Bis heute steht die strafrechtliche Verfolgung der marodierenden Schlägertrupps aus.

Doch mit der Gewalteskalation von Seiten der Opposition wuchs auch der Druck der sozialen Bewegungen auf die Regierung. Die zentrale Forderung lautete, endlich den Weg für die nationale Abstimmung über die neue Verfassung frei zu machen. Nach einer Zusammenkunft mit VertreterInnen der Basisbewegungen verkündete Evo Morales Ende August per Dekret die Durchführung des Verfassungsreferendums. Der nationale Wahlgerichtshof lehnte die Inkraftsetzung des Dekrets ab und verwies darauf, dass für die Durchführung des Referendums eine Zweidrittelmehrheit im Kongress notwendig sei. Währenddessen riefen das oppositionelle Bürgerkomitee und die Präfektur in Tarija die Tieflanddepartements zu massiven Straßenblockaden sowie zur Besetzung und Sabotage von Förderanlagen und Pipelines auf. In allen vier Regionen des Halbmondes kam es daraufhin zur gewaltsamen Erstürmung, Besetzung und Verwüstung staatlicher Einrichtungen. Die Opposition sprach in diesem Kontext von einer rechtmäßigen Übernahme der zentralstaatlichen Institutionen auf Departement-Ebene.

Darüber hinaus wurden in Santa Cruz und im Departement Beni zahlreiche Menschenrechtsorganisationen und indigene Organisationen Opfer von Übergriffen, Einschüchterungsversuchen und gewaltsamen Erstürmungen durch die Jugendorganisationen. Insbesondere aus Santa Cruz wird von einem Klima der Angst und des alltäglichen Terrors be-

richtet. Intellektuelle und politisch aktive Personen, die mit dem Regierungsprojekt sympathisieren, sind aufgrund der gezielten Angriffe und familiären Bedrohungen entweder untergetaucht oder haben sich aus dem öffentlichen Leben völlig zurückgezogen. Andin aussehende oder indigen gekleidete Personen werden in aller Öffentlichkeit verbal sowie tätlich angegriffen, geschlagen oder sogar mit dem Tod bedroht. Auch auf Privathäuser wurden gezielt Brandanschläge und Überfälle verübt.

Den bisherigen Höhepunkt all dieser Gewaltakte bildet indes das gezielte Massaker an Indigenen und KleinbäuerInnen am 11. September im Pando. Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte geht davon aus, dass die Zahl der tatsächlichen Toten deutlich über den bisher offiziell bestätigten 18 Leichenfunden liegt. Hinzukommt die große Zahl an Verletzten und über 100 Verschwundenen. Die meisten Opfer erlitten Schussverletzungen, zahlreiche Leichen wiesen zudem Anzeichen von Schlägen und Folter auf oder wurden stranguliert (ABI 28.09.2008).

Durch den darauffhin von der Regierung verhängten Ausnahmezustand und die Verhaftung der mutmaßlichen Hauptverantwortlichen gelang es, die Situation in der Departementhauptstadt Cobija unter Kontrolle zu bringen. Anders sieht es in weiten Teilen des schwer zugänglichen Amazonasgebietes im Pando aus. Politische Führungspersonen, GewerkschafterInnen und Mitglieder der Regierung nahestehender Kommunalregierungen sowie deren Familienangehörigen werden hier weiter bedroht und verfolgt (vgl. El Público 20.09.2008).

Und obwohl der in Haft sitzende ehemalige Präfekt dieses Departements Leopoldo Fernández vor Gericht zugegeben hat, die Blockade des Protestzuges der Indigenen und KleinbäuerInnen angewiesen zu haben, scheint die keineswegs unparteiische Justiz⁶ zum wiederholten Male in

der Geschichte des Landes auf der Seiten der Mächtigen und Besitzenden zu stehen (ABI 27.10.2008).

Doch der Machtkonflikt in Bolivien hat nicht nur innenpolitische Implikationen, sondern auch Ausstrahlungen auf den Prozess des politischen Wandels in Lateinamerika insgesamt. In diesem Kontext wollen wir einen kurzen Blick auf das veränderte regionale Selbstbewusstsein und die Entwicklung der bolivianisch-US-amerikanischen Beziehungen werfen.

Der politische Wandel im regionalen Kontext

Seit dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme haben die USA ihre Aufmerksamkeit verstärkt dem Mittleren Orient und Asien zugewandt. Politisch besitzt die Bekämpfung des islamischen Fundamentalismus und des internationalen Terrorismus oberste Priorität. Dieses verstärkte militärische und finanzielle ‚Engagement‘ in anderen Regionen hat die schrittweise Entwicklung alternativer Politiken und den Emanzipationsprozess im südamerikanischen Kontext, dem traditionellen Hinterhof Nordamerikas, sicher nicht initiiert, aber doch erleichtert.⁷ Die Wiederentdeckung der sozialen Frage, die Stärkung der Rolle des (National)Staates sowie die Forderung einer gezielten Re-Regulierung der Wirtschaftssphäre gewannen in den letzten Jahren deutlich an Einfluss und sozialer Akzeptanz. Der Protest subalternen Bevölkerungsgruppen – oft im Bündnis mit pro-

schen Justiz und der kritischen Einschätzung der seit 1996 laufenden Justizreform vgl. Mansilla (2004: 172f.).

⁷ Darüber hinaus lässt sich die Zurückhaltung der USA im Hinblick auf den politischen Wandel auf dem Subkontinent vermutlich auch mit der angespannten Haushaltssituation und zunehmenden Verschuldung, der innenpolitisch schwachen Stellung der Regierung sowie dem Auftreten Chinas als neuem Akteur im internationalen Kräfteverhältnis erklären.

gressiven Teilen der urbanen Mittelschichten – intensivierte den gesellschaftspolitischen Druck auf die starre, oftmals klientelistische Parteienlandschaft und förderte neue politische Akteure zutage, die eine radikale Veränderung der bestehenden Verhältnisse einforderten. Diese innergesellschaftlichen Machtverschiebungen schlugen sich schließlich auch formal-demokratisch in zahlreichen Wahlerfolgen moderater linker sowie radikaler KandidatInnen und Wahlbündnisse nieder.

Deutliches Anzeichen für ein gewachsenes regionales Bewusstsein ist zudem die Zunahme regionaler Kooperationsprojekte sowohl auf der politischen, als auch der ökonomischen Ebene. Obwohl nationale Interessen weiterhin im Vordergrund stehen, sind die regionalen Initiativen durchaus vielfältig. Zu nennen wäre hier bspw. die jüngst erfolgte Gründung der Union der Nationen Südamerikas (UNASUR), die als eigene Stimme der lateinamerikanischen Staaten bzw. als politisches Gegengewicht zur bestehenden und als USA-freundlich geltenden Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) konzipiert wurde. Darüber hinaus zählen aber auch Projekte, wie die Bank des Südens (Banco del Sur), die ALBA-Initiative – eine solidarische Handels- und Wirtschaftshilfe auf Gegenseitigkeit –, der als Antwort auf den spanischsprachigen CCN-Sender eingerichtete regionale Fernsehkanal TELESUR sowie einige grenzüberschreitende Großprojekte im Bereich von Infrastruktur und Energie zu den Versuchen mittel- bis langfristig mehr regionale Kooperation und eigenständige Interessenpolitik zu etablieren.

Zentrale Protagonisten dieser neuen lateinamerikanischen Position sind vor allem Hugo Chávez in Venezuela und mit deutlich abgeschwächter bzw. weniger US-kritischer und anti-imperialistischer Rhetorik auch Brasilien unter Lula und Argentinien unter Kirchner und Fernández. Bolivien als demographisch und ökonomisch vergleichsweise unbedeutendes sowie bis dato finanziell hochgradig au-

ßenabhängiges Land ist realpolitisch viel zu unwichtig, um eine tragende Rolle auf dem Subkontinent zu spielen. Nichtsdestotrotz zählt das bolivianische Transformationsprojekt sicher zu den interessantesten und sein Ausgang ist von enormer *symbolischer* Bedeutung für den weiteren Prozess des politischen Wandels und die regionalen Kräfteverhältnisse.

Neue Handlungsspielräume Boliviens und Reaktionen der USA

Die seit der Regierungsübernahme von Evo Morales im Januar 2006 erreichten Veränderungen sind beachtlich. So ist es der Regierung gelungen, die bisher deutlich eingeschränkte Handlungsfähigkeit des Andenstaates substanziell zu erweitern.

Die im Mai 2006 von Morales eingeleitete Rückgewinnung der Kontrolle über die nationale Erdgasproduktion und die damit verbundene massive Erhöhung der staatlichen Einnahmen aus der Erdgasrente wäre noch ein Jahr zuvor, unter Interimspräsident Carlos Mesa, undenkbar gewesen. Weitere unerwartete Entscheidungen, die für ein deutlich verändertes Selbstbewusstsein der bolivianischen Regierung gegenüber mächtigen internationalen Akteuren sprechen, sind bspw.:

– der aus Sicht der USA höchst provokante Schwenk der Regierung in der Koka-Politik: So erhöhte Morales die legale Anbaufläche für Koka und setzt auf eine Legalisierung und Kommerzialisierung des traditionellen Produktes sowie auf die freiwillige Selbstbeschränkung und Vernichtung von überschüssigen Koka-pflanzungen in Kooperation mit den Kokabauern;

– die Verabschiedung eines Dekrets im Oktober 2007, welches die im Land tätigen internationalen Geberorganisationen und Nichtregierungsorganisationen zukünftig zur Registrierung und zur Rechenschaft verpflichtet. Das heißt es müssen zukünftig Angaben über die Summen, die Empfänger, die Förderungsdauer und die Zielverwendung der Mittel

⁶ Zu einer vernichtenden Kritik der boliviani-

gemacht werden. Darüber hinaus lehnt die Regierung alle Hilfen, die mit politischen oder ideologischen Auflagen verbunden sind, grundsätzlich ab; – der offene Brief von Evo Morales an die Europäische Union, in welchem er die verabschiedete Neuregelung der Migrationsgesetzgebung scharf kritisiert und Nachbesserungen einforderte; – der im Juni 2008 auf Druck der Gewerkschaft der Kokabauern erfolgte „Rauswurf“ der nordamerikanischen Entwicklungsorganisation USAID aus dem Kokaanbauregion Chapare; – in diesen Kontext lässt sich auch die wiederholte und öffentliche Kritik der Regierung Morales am US-amerikanischen Botschafter Philip Goldberg sowie dessen Ausweisung einreihen. Die Haltung der noch amtierenden US-Regierung in Bezug auf Morales ist kein Geheimnis. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen von 2002 wurde das nordamerikanische Missfallen noch ganz offen formuliert: bei einem Wahlsieg des Kokagewerkschafters drohe dem Land der Entzug bereits zugesagter Finanzhilfen. Insofern sind die Reaktionen der USA auf die selbstbewusste Politik der Regierung Morales seit Anfang 2006 vergleichsweise zurückhaltend ausgefallen. Zwar friert die Bush-Regierung bereits Anfang Dezember 2007 eine Schenkung in Höhe von 657 Millionen US-Dollar ein, die Bolivien im Rahmen der UN-Millennium-Development-Goals von den USA zugesagt worden war (La Razón 01.07.2008). Die Ausweisung des US-Botschafters im September 2008 wurde umgehend mit der Ausweisung des bolivianischen Botschafters beantwortet. Tags darauf wurde Bolivien überdies auf die schwarze Liste derjenigen Länder gesetzt, die aus Sicht der USA keinen ausreichenden Beitrag zur Drogenbekämpfung leisten, was u.a. die Verlängerung des für Bolivien wichtigen ATPDEA-Abkommens⁸ gefährdet. Nachdem auf

8 Das Abkommen zur Handelsförderung und Drogenvernichtung (Andean Trade Promo-

bolivianischer Seite zunächst lautstark verkündet wurde, dass man sich nicht erpressen lasse, schlug die bolivianische Regierung angesichts der ökonomischen Bedeutung des Abkommens für die heimische Textilbranche schnell leisere Töne an und versuchte die US-Regierung mit sachlichen Argumenten umzustimmen. So kann Bolivien bei der Drogenbekämpfung sehr viel größere Erfolge nachweisen, als bspw. der enge politische Verbündete der USA Kolumbien. Dies bestätigt auch der jüngste Bericht der zuständigen UN-Sonderkommission (UNODC 2008). Gleichzeitig wurde deutlich, dass es keine einheitliche US-amerikanische Linie gegenüber Bolivien gibt. So stimmte bspw. die Mehrheit des US-Senats trotz der verschnupften Reaktion der Bush-Regierung überraschend für eine 6-monatige Verlängerung des Abkommens (ABI 02.10.2008). Doch Bush, dessen endgültige Entscheidung im November fallen wird, hat bereits angekündigt, dass er nicht gewillt ist, das Abkommen für Bolivien zu verlängern.

Die Rolle der USA im Kontext des gewaltsamen Aufstands – eine Einschätzung

Fakt ist, dass die Bush-Regierung der bolivianischen Opposition politisch deutlich näher steht, als der Regierung. Zudem bezog der seit langem in der Kritik stehende US-Botschafter – jenseits der bewiesenen sowie der unbewiesenen Konspirationsvorwürfe⁹ – inmitten der jüngsten Gewalteskalationen durch seine

tion and Drug Eradication Act) wurde 2002 abgeschlossen und stellt eine Erweiterung des seit 1991 bestehenden Andean Trade Preference Act (ATPA), welcher allen Andenländern im Zuge ihrer Beteiligung am Kampf gegen die Drogen zahlreiche Handels- und Zollpräferenzen für den US-amerikanischen Markt einräumt.

9 Vgl. hierzu u.a. folgende Presseberichte: La Prensa (12.02.2008), IPS (18.09.2008), <http://boliviamatters.wordpress.com>

öffentlichen Treffen und gemeinsamen Auftritte mit den radikalsten Führungspersonen der Opposition letztendlich eine mehr als eindeutige politische Position.

Gleichwohl sollte man die Rolle der USA nicht überschätzen, denn im Gegensatz zur bolivianischen Regierung, die öffentlich zu bedenken gab, dass der Weg für den Dialog just frei wurde, nachdem der US-Botschafter das Land verlassen hatte, sind unseres Erachtens die oppositionellen Präfekten, die zivilen Bürgerkomitees und ihre Schlägertrupps die zentralen Protagonisten der gewaltsamen Umsturzversuche. Dabei war ideologische, politisch-strategische und finanzielle Unterstützung von außen sicher willkommen. Aber auch ohne den großen Nachbarn im Norden sähe sich die Regierung mit dem massiven Widerstand der nationalen Eliten, ihrem Hass und ihren Eigeninteressen konfrontiert. So erscheint uns der zeitliche Zusammenhang zwischen dem nicht zu unterschätzenden internationalen Druck nach dem Massaker im Pando und der größten Unternehmer-Messe in Bolivien, der EXPOCRUZ, die alljährlich in Santa Cruz stattfindet und deren Eröffnung aufgrund des näherrückenden Blockadings der regierungsnahen sozialen Bewegungen gefährdet schien, auf Seiten der oppositionellen Präfekten für weitaus mehr Dialogbereitschaft gesorgt zu haben, als der Rückflug von Herrn Goldberg. Gleichzeitig bleibt festzuhalten, dass insbesondere die UNASUR, aber auch die OAS, also sämtliche amerikanischen Staaten Morales politisch ungewohnt einstimmig und offensiv den Rücken gestärkt haben. Die Tatsache, dass UNASUR und nicht die OAS die zentrale Rolle bei der Befriedung und Vermittlung des bolivianischen Konfliktes übernommen hat, zeigt, dass der regionale Zusammenhalt – trotz aller Probleme – nicht nur rhetorisch an Substanz und Selbstbewusstsein gewonnen hat. So haben der frühzeitige und massive Druck aller UNASUR-Mitglieder und die internationalen Reaktionen auf das Blut-

bad im Pando maßgeblich dazu beigetragen, die Opposition politisch zu isolieren und somit zumindest vorerst an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Dennoch scheiterte das Bemühen der Regierung Morales um einen Dialog in den vergangenen Wochen erneut an der fehlenden Verhandlungsbereitschaft der oppositionellen Präfekten. Erst im Rahmen der jüngsten Verhandlungen im Kongress gelang überraschenderweise die Spaltung der größten Oppositionspartei PODEMOS. Dank der enormen Protestmobilisierung von Seiten der sozialen Bewegungen¹⁰, den gewichtigen politischen Zugeständnissen der Regierung und der inhaltlichen Annäherung mit den weniger radikalen Teilen der Opposition gelang es am 21. Oktober 2008 die notwendige Zweidrittelmehrheit für das Referendum zu gewinnen. Das Referendum zur Annahme oder Ablehnung des modifizierten Verfassungsentwurfs wird im Januar 2009 stattfinden. Darüber hinaus sind landesweite Neuwahlen für Dezember 2009 geplant, hier kann Morales noch einmal kandidieren. Obwohl die SprecherInnen der indigenen und sozialen Organisationen dazu aufrufen, für die neue Verfassung zu stimmen, sorgen die vorgenommenen Änderungen des Verfassungstextes an der Basis zum Teil für erhebliche Kritik. Zentrale Modifikationen beziehen sich bspw. auf den Kernkonflikt der Landverteilung. So wird im Rahmen des Referendums zwar wie geplant über die zukünftige Begrenzung des Großgrundbesitzes auf 5.000 oder maximal 10.000 Hektar abgestimmt werden; aber

10 Die 100.000 bis 150.000 Menschen umfassende Protestmobilisierung startete in der Hochlandgemeinde Caracollo und endete als eine Art Mahnwache vor dem Parlamentssitz in La Paz. Die anfangs sehr radikale Rhetorik man werde den Kongress notfalls zwingen, den Weg für das Referendum frei zu machen, wich – nicht zuletzt auf Bitten der Regierung – einem deutlich gemäßigten Tonfall. Trotz der angespannten Situation verlief der Marsch bis zum Schluss friedlich.

die Neuregelung wird nicht rückwirkend gelten. Auch der Verzicht von Morales auf die Möglichkeit weiterer Amtszeiten, die Beibehaltung der Zweidrittelmehrheit für Verfassungsänderungen, der geänderte Wahlmodus der zukünftigen „Plurinationalen Versammlung“ und die substanziell erweiterten Autonomiebefugnisse für die Regionsregierungen sind als deutliche Zugeständnisse an die Opposition zu werten (vgl. CN 20.10.2008).

Literatur

Agencia Boliviana de Información (27.10.2008): *DDHH lamenta decisión de la Corte de Distrito de Chuquisaca sobre Fernández*, [http://abi.bo/index.php?i=noticias_texto_paleta&j=20081027221535&l=200809100030_Rolando_Villena_presidente_de_Derechos_Humanos_\(Archivo\)](http://abi.bo/index.php?i=noticias_texto_paleta&j=20081027221535&l=200809100030_Rolando_Villena_presidente_de_Derechos_Humanos_(Archivo)).
 - (02.10.2008): *Senado de EEUU aprueba ATPDEA por seis meses para Bolivia*, <http://abi.bo/>

[index.php?i=noticias_texto_paleta&j=20081002220057&l=200810020080_El_edificio_del_Congreso_de_los_Estados_Unidos_\(archivo\)](http://abi.bo/index.php?i=noticias_texto_paleta&j=20081002220057&l=200810020080_El_edificio_del_Congreso_de_los_Estados_Unidos_(archivo))
 - (28.09.2008): *Informes confirman que en Pando hubo una masacre y no un enfrentamiento*, [http://abi.bo/index.php?i=noticias_texto_paleta&j=20080928123727&l=200809170035_Leopoldo_Fern%Elndez_el_17_de_septiembre_cuando_compareci%F3_ante_un_juez_\(archivo\)](http://abi.bo/index.php?i=noticias_texto_paleta&j=20080928123727&l=200809170035_Leopoldo_Fern%Elndez_el_17_de_septiembre_cuando_compareci%F3_ante_un_juez_(archivo))
 El Público (20.09.2008): *La cacería de dirigentes campesinos continúa*, www.publico.es/internacional/153040/caceria/dirigentes/campesinos/continua
 La Razón (01.07.2008): *EEUU dará su ayuda si hay mejor relación*, www.la-razon.com/versiones/20080701_006320/nota_248_624_355.htm
 Mansilla, H.C.F (2004): *Manipulierte Modernisierung: der Fall Bolivien*, in: *IPG*, Jg. 2004, H. 2, S. 162-174.

SUMMARIES

PROKLA 153, Vol. 38 (2008), No. 4

Henrik Lebuhn, Eddie Yuen: Obama and the left. The election of Barack Obama was possible because he was supported by a broad movement including many parts of the US-Left. The article analyzes the heterogeneous composition of this movement Obamas development during the election campaign and the expectations of the US-Left.

Trevor Evans: The financial crisis and the limits of monetary policy. Since the 1980s, the US has developed a form of finance-led capitalism in which growth has been highly dependent on credit expansion and asset bubbles. Profitability has steadily climbed, and there has been a massive redistribution of income in favour of the top 1% of income earners. But the financial crisis which began in August 2007 and which deepened with the collapse of Lehman Brothers in September 2008 has left this model in ruins. As the traditional instruments of monetary policy proved ineffective the US state was obliged to partially nationalise the financial system. With banks unwilling to lend to even the best-known companies, the US economy is faced with a major recession which is likely to further exacerbate the difficulties facing the financial sector.

Christoph Scherrer: What happens to the hegemony of the U.S. finance capital in the current crisis? Up until now, the management of the financial crisis has been placed, primarily, in the hands of those who allowed the crisis to happen. Investors and financial institutions have received government support at tax payers' expense while the needs and interests of other victims of the crisis have been, for the most part, neglected. The article focuses on the stages of crisis management in the USA. It assesses their distributional effects and compares them with alternative policy proposals on the basis of available studies. Its original contribution is an analysis of the political forces that have allowed the crisis managers to shift the burden of the crisis onto workers and tax payers. The research is guided by a Neo-Gramscian approach and contributes to the operationalization of the concept hegemony.

Peter Marcuse: A different approach to the subprime mortgage crisis. What is called the „subprime mortgage crisis“ reflects an underlying crisis in the housing system: the inability of the market to provide adequate and affordable housing for large numbers of Americans. Household income is too low, and profit expectations by the private housing market are too high. Until today, this problem was met by government programs that tried to maintain the two causes of that inadequacy: promoting for lower-income households private home ownership, in homes supplied by the private market. Re-regulation of this market or mild answers like relief for distressed homeowners won't solve the problem. A radical change is needed. At the ideological level we need an educational campaign to illuminate the limits of home „ownership“ and the range of available alternatives. At the economical level public financing has to cover the gap between even regulated housing costs and ability to pay until adequate incomes are guaranteed.

Margit Mayer: Poverty Politics in US-cities. While poverty has been growing and becoming manifest in new forms of segregation in US cities, welfare reform has been accompanied by intensified efforts to enhance social control of urban space. In parallel with the shrinkage of social services and the erosion of job security, the (public, private, and third sector) provision of services have exploded - with detrimental impacts on the fabric of urban democracy and citizen participation. By looking at developments in Los Angeles, this article analyzes the implementation of a new generation of „social cohesion“ policies in US cities. Community development and empowerment programs as well as welfare-to-work programs involve nonprofits such as community-based organizations and development corporations in the implementation of these services, who are tasked with the activation of marginalized groups and neighborhoods, and with the provision of local security. Their practice has transformed the quality of urban participation: while invoking empowerment and cohesion, it has reduced participation to minor issues and restricted access to the relevant decision-making arenas.

Hae Lin Choi: State of the Union. The contradictory development of US Trade Unions. For a long time trade unions in USA had an extreme weak position. With new practices of organizing especially SEIU (Services Employees International Union) had some success and was used